

Im ersten Halbjahr 1989 gab es dann verschiedene Überlegungen und Gespräche über Handlungsformen, in denen sich Opposition in der DDR formieren sollte. Das ging dann auch schon recht zügig, wobei unterschiedliche Konzepte im Blick waren. Die Sozialdemokraten waren nicht die einzigen, die von einer Partei redeten; es gab auch andere. Aber prägend und tragend waren doch jene Konzepte, die eine Entwicklung von unten, eine Bewegung erwarteten, die einen Prozeß der Demokratisierung und Öffnung, des Dialoges voranbringen sollte. Das also war das tragende Konzept; diese anderen Dinge wurden eher stark ablehnend betrachtet.

Ein anderer wichtiger Aspekt für den Handlungshorizont der oppositionellen Gruppen ist die Frage, wie sich die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem ideologischen Loyalitätsdruck des Systems verhielt. Nicht zuletzt das Anwachsen der Ausreisewelle im Verlauf des Jahres 1989 gab recht eindeutige Zeichen dafür, daß quer durch alle Schichten der Bevölkerung der DDR der Loyalitäts- und Vertrauensverlust gegenüber der SED massiv fortgeschritten war. Als Bedingung für die Ausbildung der Opposition im Herbst 1989 muß dies mit in den Blick genommen werden. Daß die Formierung oppositioneller Parteien und Gruppierungen im Herbst jenen Loyalitätsverlust wesentlich beschleunigt und überhaupt dieser Bewegung von unten auch inhaltliche, politische Ziele gegeben hat, ist die andere Seite. Beides gehört zusammen, die Formierung der Opposition und der Aufstand des Volkes gegen die totalitären Anmaßungen der SED. Die Frage, wer denn die Revolution gemacht habe, die Opposition oder das Volk auf der Straße, das mehr und nachher sogar die deutsche Einheit wollte, wird zum Teil ja alternativ behandelt. Ich denke aber, daß sich beide Seiten nicht voneinander trennen lassen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank, Martin Gutzeit. – Der letzte Satz hat darauf hingewiesen, daß wir uns bei dem Unternehmen, daß wir jetzt vor uns haben, auf diese Zusammenhänge beziehen sollten.

Dieses Podium steht unter der Überschrift: „Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur.“ Was das Vorgehen betrifft, so ist der erste Ansatz, dieses Thema chronologisch zu gliedern, einhellig verworfen worden. Wir verstehen die beiden Podien, die wir jetzt noch vor uns haben, als technisch bedingten Ablauf.

Wir werden bei diesem ersten Podium die Abgeordneten und die Sachverständigen der Kommission noch nicht in die Diskussion einbeziehen. Dann wird das zweite Podium stattfinden, und in der sich daran anschließenden Diskussion werden alle Teilnehmer zu Wort kommen können.

Zu Beginn bitte ich diejenigen, die hier vorn auf dem Podium sitzen, uns kurz biographisch zu berichten, wie denn sie den Weg von der Resistenz zur Opposition oder zur Verantwortung gefunden haben. – Katrin Eigenfeld, würden Sie bitte beginnen!

Katrin Eigenfeld: Ich mache den Versuch. Es ist ein Ausschnitt, und verstehen Sie das bitte auch so.

Es gab keinen Zeitpunkt in meinem Leben, zu dem ich beschloß, eine Widerständlerin zu werden. Ich stand als DDR-Frau mitten in der Gesellschaft, und eine kritische Haltung konnte da nicht ausbleiben, wenn man täglich die Widersprüche mit ihren Lügen und Ungerechtigkeiten erlebte. „Dagegen“ zu sein, gehörte zu meinem Leben, und was ich und viele andere darunter verstanden, war ohne nähere Erläuterungen klar. Eine Opposition gab es aus meiner Sicht nicht; dies könnte historisch fehlgedeutet werden.

Meine Aussage über diese Zeit kann nur subjektiv sein – das ist ja auch nicht anders möglich –, auch wenn ich mich immer verstanden habe als Mitglied in Gruppen und kaum als Einzelkämpferin, als die man sowieso kaum Wirkung hätte erzielen können.

Begonnen hat „es“ durch die Mitarbeit, nebenbei, in der sozialdiakonischen Jugendarbeit von Halle. Fast seismographisch zeigten diese Jugendlichen die Probleme der Gesellschaft in ihrer ganzen Breite auf. Die ersten außerstaatlichen Friedensaktionen begannen; siehe: „Schwerter zu Pflugscharen.“ Die Schwierigkeiten, die entstanden, bestätigten uns in der Richtung unseres Weges. Harte Maßnahmen – bis hin zu Inhaftierungen – folgten. Nachdem diese Jugendarbeit in Halle Ende 1993 fast zerschlagen war und ich aus der U-Haft entlassen wurde, schloß ich mich der Gruppe „Frauen für den Frieden“ an.

Als Reaktion auf das neue Wehrdienstgesetz der DDR von 1982 fanden sich Frauen zusammen, um sich dagegen zu wehren, in die Armeestrukturen einbezogen zu werden, wie es dieses Gesetz vorsah. Bisher hatten wir nur die Männer bei ihren Armeeproblemen beraten und unterstützt; nun waren wir selbst betroffen. Es bestand kaum das Bedürfnis nach einer Frauengruppe, aber die meisten erlebten zum erstenmal das Gefühl weiblicher Zusammengehörigkeit über private Grenzen hinaus. Ob evangelisch, katholisch oder der Kirche fernstehend – weltanschauliche Fragen waren dabei nebensächlich. Es ging um die gemeinsame Betroffenheit und die Sorge um die Zukunft für uns und unsere Kinder.

Da war aber nicht nur das Armeeproblem. Die Gruppe bestand weiter. Seit 1984 waren wir ein Arbeitskreis beim evangelischen Kirchenkreis in Halle geworden; also: das „Dach der Kirche“.

Die Zusammensetzung änderte sich, aber es blieben immer ca. 20 Frauen unterschiedlichen Alters, die sich regelmäßig trafen. Freundschaften entstanden. Das Private und das Öffentliche gingen ineinander über. Das spiegeln die behandelten Themen wider wie Sicherheitspartnerschaft, Kindererziehung, Leiden – an Dorothee Sölle angelehnt –, Feminismus, Rosa Luxemburg, Träume, Frauenfreundschaften und die immer neuen Probleme und Konflikte mit Beruf, Schule, Haushalt, Kinder, Männer und die große Politik. Ausein-

andersetzungen untereinander blieben nicht aus. Aber da wir uns nicht als Rivalinnen gebärden mußten, gelang es, sich gegenseitig zu akzeptieren und besser kennenzulernen. Weibliche Solidarität – für viele eine neue Erfahrung. Das half der Gruppe, zu überleben. Die Aktionen nach außen – Fasten für den Frieden, Schweigen, Klagen, Friedensdekade, Eingaben, „Konkret für den Frieden“ usw. – machten nicht allein ihr Wesen aus. Es gelang, ohne Leitung auszukommen. Keine war die Chefin. Jede hatte, je nach Temperament, Charakter und Interessen, etwas anderes zu geben und einzubringen.

Wir hatten Kontakte zu anderen Friedensgruppen in der DDR. Es gab auch Begegnungen mit Freunden aus dem Ausland, provinziell bedingt allerdings nicht allzu häufig. Das Zusammensein in der Gruppe bedeutete für uns, gemeinsam einen Weg zu suchen aus der allgemeinen Isolation, Resignation, Angst, Hoffnungslosigkeit, Hilflosigkeit, Unmündigkeit und Sprachlosigkeit.

Man müßte annehmen, daß in einer Stadt wie Halle, mitten im Zentrum der chemischen Industrie, wo wir ständig den Dreck vor Augen und die verseuchte Luft in der Nase hatten, die Bereitschaft, etwas dagegen zu tun, allgemein und das Bedürfnis eines jeden normalen Menschen war. Aber wir erlebten, daß viele Menschen nicht nur deshalb den Mund hielten, weil sie Angst hatten, etwas zu sagen, sondern auch deshalb, weil sie die Verantwortung für die größeren Zusammenhänge, über die eigenen vier Wände hinaus, nicht mehr empfanden. Die Probleme waren zu groß, zu umfassend. Es ist so entmutigend gewesen, nichts unternehmen zu können, daß man sich lieber gar nicht erst damit befaßte.

Damit konnten wir uns nicht abfinden. Da entstand Konfrontation, Provokation. Menschen, die sich mit dem Satz „So ist es eben“ weder in Kirche noch Staat abfinden wollen, sind unbequem. Wer in der Kirche nicht nur den inneren Frieden, sondern auch gelebtes Evangelium sucht, wird oft mißverstanden. Wer auf Probleme hinweist, die auch im Sozialismus der DDR nicht gelöst worden sind, wird von Vertretern der Institutionen gezielt mißverstanden. Menschen, die von diesen Problemen ebenso betroffen waren wie wir, empfanden uns als Störenfriede.

So sind unsere Erfahrungen gewesen. Allerdings muß man sagen, daß es in der kirchlichen Hierarchie immer von einzelnen Personen abhing, ob man uns unterstützte oder mißtraute. Die katholische Kirche lehnte jegliche Unterstützung ihrer Friedensfrauen ab.

Der Staat zeigte sich nie bereit, in einen von uns angestrebten Dialog zu treten. Er zeigte sich nur in Gestalt von Staatssicherheitsbeamten, die für uns keine Gesprächspartner sein konnten.

Wir verteidigten unser Recht auf ein Leben in Würde als aufrechte, frei denkende Menschen in einer Welt der Phrasen, Ideologien und abstrakten Konstruktionen, in der der einzelne nicht zählte, in der nur seine Leistungen und seine Staatstreue gefragt waren. Wir wollten diese entpersönlichte Welt aus

unseren Köpfen verbannen. Wir haben nichts anderes gehabt als die Stimme unseres menschlichen Gewissens und die Liebe zu uns selbst und zu denen, die uns anvertraut waren. Aus dieser Liebe heraus lohnte es sich, Opfer zu bringen, wenn es nötig war. Mit einer Art Erfolg konnten wir nicht rechnen, aber es tat gut, immer wieder auf Menschen zu treffen, die in diesem Lande etwas taten, was ihnen eigentlich nichts einbrachte.

Nach festen Konzepten sind wir nicht vorgegangen. Wir waren hellwach und reagierten auf aktuelle Entwicklungen im Land, mit der ständigen Motivation, möglichst laut zu benennen, was ist, und zu versuchen, Änderungen herbeizuführen, um die kaum aufzuhaltende Erstarrung der DDR-Gesellschaft immer wieder aufzubrechen, mit der Illusion bzw. Vision, diesen Sozialismus menschlich, demokratisch und wahrhaftig gestalten zu können. Wir haben uns auf allen Ebenen um Dialog bemüht, außer mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Durch die vielen Vernehmungen bzw. auch Inhaftierungen wußten wir: Mit denen ist kein Dialog möglich.

Als Beispiel sei hier angeführt, daß hier und da zum Schein solche von uns gewünschten Gespräche geführt worden sind. Am 20. Mai 1988 willigte Professor Poppe, Volkskammerabgeordneter, Experte für Verfassungstheorie und Staatsrecht, ehemaliger Rektor der Universität Halle, in ein Gespräch mit Ulrike Poppe und mir ein, ganz vertraulich in seinen Diensträumen am Abend. Wir verließen ihn zwar nicht in euphorischer Stimmung, aber immerhin war da eine kleine Hoffnung, ein Anfang. Jetzt habe ich in meinen Stasi-Akten diesen Besuch detailliert aufgezeichnet wiedergefunden.

Es bleibt zu erwähnen, daß es für uns wichtig war, aus dem Westen Material zur Unterstützung unserer Argumente und unserer Arbeit zu erhalten. Mit Hilfe von Freunden und Gruppen bzw. vor allem von den hier akkreditierten Journalisten gelang das ganz gut über Berlin. Zum Beispiel sind zu nennen Literatur über Atomkraft und die Folgen, Umweltfragen, die Arbeit der Friedensbewegung und ihre Aktionen, Widerstandsarbeit aus der Welt, Arbeit von Organisationen, Pressespiegel usw. Mit Hilfe dieser Materialien konnten wir Veranstaltungen inhaltlich vorbereiten und durchführen sowie Wissen vermitteln und verbreiten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke, Katrin Eigenfeld. – Hans Misselwitz, wie begann der Weg bei Ihnen?

Hans Misselwitz: Ich bin geboren worden 1950, habe hier in Jena und anschließend in Berlin Biologie, Biophysik studiert, bin also vom ersten Beruf her Naturwissenschaftler. Ich habe dann an der Akademie der Wissenschaften, Berlin, gearbeitet.

Etwa seit 1977 haben wir einen Hauskreis, Freundeskreis installiert gehabt, der sich, um das Erscheinen des Bahro-Buches herum, mit der Frage von Reformen oder Perspektiven dieser Gesellschaft befaßte.

Nachdem ich im Herbst 1980 im Zusammenhang mit den Invasionsvorbereitungen gegen Polen einen Reservistendienst verweigert habe, bin ich im Februar 1981 aus der Arbeit an der Akademie ausgeschieden. Ich habe daraus nicht den Schluß zu ziehen brauchen, in der DDR nicht mehr leben zu können, weil meine Frau als Pfarrerin in den kirchlichen Dienst ging und mir eine Entfaltungs- und uns eine Lebensmöglichkeit in diesem Zusammenhang blieb.

Ich selbst habe im Jahre 1981 dann noch ein Studium am Sprachenkonvikt, also an der kirchlichen Hochschule in Ost-Berlin, angefangen. Das habe ich Ende 1986 beendet, bin 1987 in der Sophien-Gemeinde im Vikariat gewesen. 1989, also kurz vor Ende der Geschichte der DDR, bin ich in das Pfarramt in Hennickendorf gegangen.

Meine Arbeit nach der privaten Freundeskreisrunde, die sich im Grunde als eine Form von intellektueller Dissidenz oder intellektuellem Austausch verstand, änderte sich 1981 mit der Mitgründung des Friedenskreises in Pankow.

Ich möchte zur Erläuterung dieser Zeit, die für mich persönlich, aber auch, wie sich zeigte, für viele andere von uns sehr wichtig war, darauf hinweisen, daß diese Spanne etwa von 1976 bis 1981 gekennzeichnet war a) durch die Hoffnungen, die durch die Entspannungspolitik zunächst entstanden waren, und b) durch die interne Rücknahme der Entspannungspolitik in der DDR: Ausweisung von Biermann und die Folgeerscheinungen bis hin zu den Umständen, mit denen die DDR die Solidarnosc-Bewegung in Polen begleitete.

Ich glaube, daß das Verhältnis dieser äußeren Entwicklung in jener Zeit – Ende der Entspannungspolitik, „Eiszeit“, Zunahme der militärischen Konfrontation – und der inneren Entwicklung in jenen Jahren für mich der Grund war zu überlegen, was in der DDR möglich ist. Die sicherlich nie völlig voneinander zu trennenden Erscheinungsformen der Dissidenz, wie sie sich in intellektuellen Zirkeln herausbildeten und wie sie im Ostblock auch immer wieder Vorbilder hatten – ich nenne hier die „Charta 77“ und KOR in Polen –, waren das eine. Das andere war: Die Erfahrungen dieses Widerstandes zeigten allerdings auch, daß das System gelernt hatte, damit insoweit umzugehen, als durch Isolation oder schließlich Abtrennung, Abdrängung oder Herausdrängung der Leute aus diesen Gruppen das nur eine begrenzte Wirksamkeit hatte.

Insofern waren für mich persönlich und für die Freunde um mich herum die Ereignisse in Polen, die Solidarnosc-Bewegung ein entscheidender Schritt des Lernens, das heißt eine Form der Herausbildung eines zivilen und an der Basis der Gesellschaft verankerten Netzwerkes von Arbeit. Die Entscheidung für eine solche Oppositionsarbeit mußte dann bedeuten, Formen zu finden, um neben oder außerhalb von intellektuellen Diskussionszusammenhängen

die Rekrutierung von Menschen zu leisten, die unter dem System litten, und diese Menschen in die Arbeit einzubeziehen, also nicht nur eine quasi papierne politische Arbeit zu leisten, wie sie in Deklarationen Ausdruck findet, sondern auch strukturelle Netzwerke und solidarische Zusammenhänge in der Gesellschaft herzustellen.

Ein kurzes Wort zu der Frage, warum das Friedensthema ein Schlüssel für die Entstehung dieser Bewegung war: Zwischen 1980 und 1985 bildete das Friedensthema das Schlüsselthema für die Rekrutierung dieser Opposition. Ich denke, daß außerdem die Verarbeitung einer Systemkritik zustande kam, die sich aus verschiedenen zivilisationskritischen Problemen und auch aus dem Zusammenhang der friedensethischen Problemlagen speiste. Faktisch gab es einen Hintergrund in einer wachsenden Verweigerungshaltung, die in unserer Gesellschaft anzutreffen war, und daß dieses Friedensthema natürlich auch ein Kernproblem der inneren Legitimität dieses Staates war. Es ging darum, diesen DDR-Staat dort anzufassen, weil das Thema Frieden neben der kommunistischen Ideologie und neben dem Sozialismus ein Zentralpunkt für die Existenz der DDR war und von uns auch als solcher akzeptiert wurde, da sie sich aus dem geschichtlichen Vorgang ableitete, daß der „Friedensstaat DDR“ im Grunde der Staat dieses Nachkriegsfriedens war, den wir als eine Folgeerscheinung des Zweiten Weltkrieges akzeptierten. Hier anzufangen war dann für uns auch ein Legitimitätsanker, den wir bewußt einzusetzen versucht haben.

Die Zeit von 1985 bis 1989 ist dann dadurch gekennzeichnet, daß die Friedensproblematik zurückgedrängt wurde oder in ihrer Bedeutung zurückging. Das hat etwas mit Gorbatschows Politik in diesem Zusammenhang zu tun. Das hat auch etwas damit zu tun, daß die innenpolitischen Fragen, die Fragen der Menschen- und Verfassungsrechte in der DDR immer stärker im Spiel waren.

Dazu der konzeptionelle Hinweis, daß es bedeutsam war – wenn das auch nicht zu trennen war – zwischen der klassischen Dissidenz, wie sie überall und immer vorkam und wie sie unbestritten Bedeutung hat, und Formen der Entwicklung einer Kultur, einer eigenständigen politischen Gegenöffentlichkeit zu unterscheiden. Dazu gehört natürlich auch die Dissidenz, aber eben mit Merkmalen, die eine Einwanderung in die Gesellschaft oder, wenn Sie so wollen, subversive Öffnung der Gesellschaft beinhalten. Die Einflußnahme auf den öffentlichen Diskurs, die Herstellung einer niedrigen Beteiligungsschwelle für solche Aktionen, die pluralistische Breite dieser Bewegung, die Face-to-face-Gruppen, die innere, selbsttragende Stabilität der Gruppen, Solidarstrukturen und Vernetzungsstrukturen sollten als Basis für eine eigenständige politische Willensbildung gelten. Ich denke, daß dieses einigermaßen eingelöst worden ist, zumindest in dem Sinne, daß es eine neue Struktur für die Opposition in der DDR darstellte, wenn man die Gesamtheit ihrer Geschichte betrachtet.

Zu den Bedingungen, dieses zu tun, ist viel gesagt worden. Ich möchte hervorheben, daß wir uns darüber im klaren sein mußten – nach meiner Kenntnis der Akte, die die Staatssicherheit über mich und über die Leute angelegt hat, die im Zusammenhang des Pankower Friedenskreises gearbeitet haben, hat sich das auch bestätigt –, daß die Unterwanderungstaktik der Stasi natürlich ein Faktor für unsere Arbeit gewesen ist. Wir haben wohl gewußt, daß die Agenten der Stasi da waren. Sie haben ihre Möglichkeiten natürlich ausgeschöpft. Diese Problematik hat uns auch in unserer eigenen Entwicklung beeinträchtigt. Uns sind Diskurse und Dialoge aufgezwungen worden, die an sich unnötig waren und von denen wir heute wissen, daß sie von außen gesteuert worden sind.

Diese Geschichte hat vor allem damit zu tun, daß es galt, so etwas wie Spaltung, sogenannte Differenzierung in den Gruppen zu erreichen. Was diese Formen der Arbeit anging, so gab es zwei Hauptrichtungen. Das waren einmal sicherlich die direkten persönlichen Verleumdungen und Verunsicherungen von Leuten und Mitgliedern solcher Gruppen. Die Arbeit des MfS richtete sich zum anderen ab 1985 auch sehr stark darauf, eine Differenz zwischen Kirchenleuten oder auch christlichen Leuten und anderen herzustellen.

Die Frage der internationalen Bindung und Anbindung war immer von Bedeutung. Ich möchte hier aber auch sagen, daß es sowohl in Richtung Osteuropa als auch in Richtung Westeuropa oder Bundesrepublik von unserer Seite her Selbstbeschränkungen oder Beschränkungen gab. Die engste Bindung fanden wir in einer gewissen fundamentalen Zivilisationskritik natürlich bei den Grünen in der Bundesrepublik. Es gab Bindungen, Kontakte auch zu anderen. Ich möchte aber, wie eben gesagt, betonen, daß gerade dort aus meiner Sicht immer eine Selbstbeschränkung wirksam war. Das hatte etwas damit zu tun, daß man sich durch diese Verbindungen wegen der in der DDR existierenden Gesetze nicht quasi selbst ans Messer liefern wollte. Das hatte aber auch etwas damit zu tun, daß es Entfremdungserscheinungen gab. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank. – Herr Dietrich, Leipzig. Oder begann Ihr Weg nicht in Leipzig?

Christian Dietrich: Nein, mein Weg begann in dieser Stadt. Ich bin Jenenser, bin hier aufgewachsen und bin tief geprägt worden auch von dem, was gestern schon berichtet worden ist.

Hier wird immer nach den Motivationen gefragt, danach, wie man Oppositioneller geworden ist. Ich kann für mich nur sagen: Ich kann keinen Anfangspunkt nennen. Vielleicht war ich immer draußen. Mir ist schon gesagt worden: „Du hast nicht in der DDR gelebt.“

Ich möchte etwas zu den siebziger Jahren sagen; ich bin Jahrgang 1965. Politisch bewußt erinnern kann ich mich an solche Vorgänge wie den Tod von Ulbricht nur anhand von Photos in Schaufenstern. Das waren politische

Ereignisse. Womit es richtig anfang, das war z. B. der Helsinki-Prozeß, durch den Freunde meiner Eltern, ein Jurist auch, der nicht arbeitete, endlich die Chance hatten auszureisen. Da deutete sich das an, und 1976 geschah das auch. Mein Vater ist Akademiker, hat hier in einem kleinen Institut gearbeitet, und zwar bis 1983; dann hatte er auch Berufsverbot.

Ich habe nur diese Sucht nach Information über Opposition in diesem Lande mitbekommen, jede Information aufgesogen. Das hat tief geprägt, und das hat man in der Schule zu spüren bekommen. Ich habe meine Auseinandersetzung z. B. mit diesem Jenenser Stadtschulrat Geyer gehabt und kein staatliches Abitur machen können. Ich kann nicht sagen, wann das angefangen hat, ob das in der zweiten Klasse oder in der achten Klasse war.

Das hat auch etwas damit zu tun, daß ich die dritte Generation bin, daß die Eltern auch schon solche Erfahrungen gemacht haben, aber anders damit umgegangen sind. Die haben auch nicht verstanden, was ich dann gemacht habe, weil sie nicht solche Hoffnung hatten, daß sich da etwas ändert. Was die Nichtanpassung angeht, hat sich eine Kultur entwickelt, eine Kultur, die in der Kirche – egal, was man zur Kirche sagt – eine Heimat gefunden hat. Ich will das auch für Jena sagen. Das ist wichtig. Wenn wir zu den Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren kommen, werde ich dazu noch etwas sagen.

Was mich in den siebziger Jahren weiter geprägt hat, war das mit der Zivilverteidigung 1978. Die Auseinandersetzung hat da schon in der Schule stattgefunden. Für mich persönlich ist nur kurios, daß parallel dazu, gleichzeitig, Freunde meiner Eltern, die bei Zeiss als Wissenschaftler angestellt waren, in ihren Abteilungen nicht mehr weiterarbeiten konnten. Da kam Herr Biermann, der Chef von Zeiss, hierher und zerschlug solch eine – man könnte sagen – bürgerliche Enklave in dieser Gesellschaft. Das hat wieder motiviert, von einer Hoffnung darauf Abschied zu nehmen, daß dieses Land DDR reformierbar ist.

Die Idee eines demokratischen Sozialismus habe ich nicht 1978 zu hören bekommen – da hat mich Orwell mehr beeinflußt –, die habe ich in Naumburg kennengelernt, wo ich das Abitur gemacht habe. Die evangelische Kirche hatte ja in drei Orten der DDR die Möglichkeit, ihre eigenen Leute auszubilden. Man konnte da ein Abitur machen, mit dem man nur Theologie studieren konnte. Unter anderem war das eben in Naumburg möglich.

Für mich ist dort Edelbert Richter wichtig geworden, der gestern nachmittag etwas zu seinem Werdegang gesagt hat. Er hat darauf verwiesen, wie fern das Denken und die Verhältnisse in der bürgerlichen Demokratie für das Denken hier in den siebziger Jahren gewesen sind. Ich habe ihn in den achtziger Jahren kennengelernt, und ich kann nur sagen: Er hat das geschult, was man Gewaltenteilung nennt, und das in den achtziger Jahren! – Da hat es einen Umdenkungsprozeß gegeben. Ich würde ihn in die Zeit zwischen 1983 und

1987 legen. Die Vorstellungen, die für 1989 wichtig geworden sind, sind also in dieser Zeit verbreitet worden.

Was mich in der Naumburger Zeit geprägt hat und für mich sehr wichtig gewesen ist, war: Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß ich draußen war, weil ich nun bei der Kirche war. Ich habe mich auch nicht als Verfolgter empfunden, eher das Gegenteil. Ich hatte den Eindruck: Nur hier gab es noch Leben. Ich hätte nicht tauschen wollen. Dort gab es interessante Diskussionen. Ich habe wirklich noch Kontakte gefunden, von denen ich auch heute noch zehre, über die Grenzen hinweg, gen Westen, also in die Bundesrepublik damals, und – das war für mich noch wichtiger – nach Ungarn und in die Tschechoslowakei, und das hat auch in unsere Debatten Eingang gefunden.

Ich möchte einmal auf das reagieren, was Martin Gutzeit zu der deutschen Frage gesagt hat. Wir haben uns in unserem Naumburger Friedenskreis Gedanken darüber gemacht. Agnes Heller hat ja auch gesagt, daß sich so ein Atomnationalismus artikuliert hat. Anhand dieser Frage der Stationierung in Ost und West sind wir Deutschen wieder zusammengewachsen. Auf diesem Weg konnte man auch Kontakt finden zu der älteren Generation, die den Mauerbau erlebt hat, was tief gesessen hat. Diese alten Verletzungen wurden artikuliert. Das ist für das Jahr 1984 zumindest für mich wichtig, aber das hat vielleicht auch persönliche Gründe. Ich habe mit meinen Eltern 1983 einen Ausreiseantrag gestellt, den ich dann allerdings zurückgenommen habe, was zu schweren Auseinandersetzungen geführt hat.

Mitgemacht habe ich noch in anderen Gruppen, nicht nur im Friedenskreis in Naumburg. Wichtig waren die Gründung der „Solidarischen Kirche“, die Kontakte dann in die ganze DDR hinein, die Kontakte zu Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Die Voraussetzung dafür, daß man sich als Opposition verstehen konnte, war, daß man nicht nur an einem Ort agiert hat. Da hat man Leute gefunden wie Gerd Poppe, die sich zehn Jahre lang engagiert haben, einem Mut gemacht und gesagt haben: „Es lohnt sich, das auch noch zehn Jahre so zu machen.“ Das verrückte dann sozusagen die Perspektiven.

Ich bin 1988 nach Leipzig gegangen. Das war wieder eine ganz andere Welt. Ich habe dort junge Leute in meinem Alter kennengelernt. Die haben nicht das gemacht, was ich in Naumburg gemacht habe, nämlich darüber nachgedacht, wie die DDR reformiert werden muß und woran es liegt, daß alles falsch gelaufen ist; ich habe z. B. den Stalinismus-Arbeitskreis gehabt. Ihr einziges Ziel war es, offenkundig zu machen, daß es eine so große Differenz zwischen der Partei SED, die das Sagen hat, und der Bevölkerung gibt, daß ein Weiterarbeiten, ein Weiterleben gar nicht mehr möglich ist. Für sie ging es nur noch darum, das öffentlich zu machen. Öffentlich machen, das hieß: auf die Straße bringen, Demonstrationen organisieren. Das ist in der DDR aber undenkbar gewesen, wie hier vorhin angedeutet worden ist. In Jena hatten wir

das schon einmal probiert – ich habe das ein bißchen mitgekriegt –, auch der „Weiße Kreis“ hier.

Das Schlüsseldatum für mich ist der 15. Januar 1989, als die Demonstration auf dem Leipziger Marktplatz stattgefunden hat – die Stasi zählte 150 bis 200 Teilnehmer; nach meiner Erinnerung waren es bestimmt 600 –, etwas, das eigentlich nicht denkbar gewesen ist: Eine Demonstration, die von zwölf Leuten organisiert worden ist, die stattgefunden hat, die nicht verhindert werden konnte. Von da ab hieß es: Es gibt kein Zurück.

Es ist dann eine „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“ gegründet worden, die sich schon auf dem Flugblatt mit der Einladung zur Demonstration bekanntgemacht hatte, sich aber nicht als eine Initiative oder als ein Verein verstand.

Ich kann nur im nachhinein sagen: Über solche Gruppen ist es nicht gelaufen, sondern über Freundschaften. In dem Rahmen ist gesagt worden: Dort müssen wir etwas machen. Das ist mehr spontan vorbereitet worden. Da ist etwa ein Tansparent gemalt worden, und es hieß: Nach dem Friedensgebet muß demonstriert werden. – Die meisten oder viele, die das dann gemacht haben, haben das vorher noch gar nicht gewußt, sondern die sind sozusagen an der Tür eingeladen worden, und das hat geklappt, weil die Stimmung dazu dagewesen ist. Es gab Anzeigen dafür, daß man dadurch etwas verändern kann. Aber darüber müßte man im Gespräch reden, was es heißt: „Es konnte damit bewirkt werden.“

Was ist noch zu sagen? – „Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“ – habe ich mitgegründet oder denke ich mitgegründet zu haben. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Da kann man nur sagen: So bescheiden, lieber Herr Dietrich, müssen Sie gar nicht sein. – Ulrike Poppe!

Ulrike Poppe: Ich bin Jahrgang 1953, aufgewachsen am Rande von Berlin, in Hohen Neuendorf, also dicht an der Grenze, habe den Mauerbau sehr bewußt schon erlebt und die Grenze als Kind immer als Bedrohung empfunden. Das hat mich auch ein bißchen geprägt. Das ging bis in die Kinderspiele hinein.

Ich bin 1971 zum Studium nach Berlin gekommen und geriet dort in eine Szene, in der es eine Art staatskritisches Potential – so möchte ich das einmal nennen – gab. Diesen Freundeskreisen habe ich es zu verdanken, daß ich vieles von dem von der Schule her geprägten Weltbild abgelegt und mich neuen Denkmöglichkeiten geöffnet habe. Viele waren relegierte Studenten, einige sind in den Knast gekommen, viele sind in den Westen gegangen.

Ich habe dann nach einem abgebrochenen Studium in der psychiatrischen Klinik und in einem Heim für milieugeschädigte Kinder gearbeitet. Ich erwähne das deshalb, weil ich dort die Erfahrung gemacht habe mit der Diskrepanz zwischen dem propagandistischen Bild einer sozialistischen Gesellschaft und der

Realität, also mit dem Ausblenden und der Tabuisierung der Schattenseiten, die es natürlich in dieser Gesellschaft gab.

In den siebziger Jahren habe ich in diesen von mir eben erwähnten Freundeskreisen Veranstaltungen oder Gruppenabende erlebt, auch kontinuierlich zum Teil, in denen in relativ konspirativer Form über Gesellschaftsveränderung nachgedacht wurde, Gesellschaftskonzepte entworfen wurden. Diese Gruppen blieben nach außen hin natürlich ohne Relevanz und waren ziemlich gefährdet, weil sie eben konspirativ gearbeitet haben. Auch in diesen Kreisen gab es einige Verhaftungen.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre – ich glaube, es war 1974 – habe ich auch einen Anwerbungsversuch der Stasi erlebt. Aber da ich schon zu dieser Szene Kontakt hatte, war ich, Gott sei Dank, nicht mehr so naiv, auf diese relativ geschickten Versuche, mich anzuwerben, hereinzufallen. Ich wußte auch, wie man sich dagegen wehrt, nämlich durch sofortige Dekonspiration. Ich habe es also gleich allen herumerzählt. Das hatte zur Folge, daß sie mich nicht weiter bedrängten.

Andere Freunde aber haben sich anwerben lassen, was wir zum Teil schon damals erfuhren. Wir haben also relativ früh gewußt, was die Stasi gegen solche Gruppierungen unternimmt, die sich in relativ kleinem und bescheidenem Rahmen kritisch verhalten.

Noch ein Wort zu den siebziger Jahren: Das war für mich auch die Zeit, in der ich versuchte, noch einen offiziellen Rahmen für Möglichkeiten von freier Aktivität auszutesten. Das spielte sich meist im kulturellen Bereich ab. Es gab damals in Berlin die Veranstaltungen „Eintopf“ und „Kramladen“. Ich versuchte auch, mich in Jugendclubs zu engagieren. Carlo Jordan wird vielleicht noch darüber reden, weil er das ebenfalls gemacht hat.

Als ich im Museum für Deutsche Geschichte zu arbeiten begann, reaktivierte ich meine FDJ-Mitgliedschaft. Innerhalb dieser FDJ-Gruppe versuchten wir, im Kinosaal Veranstaltungen zu organisieren, kulturelle, nichtkommerzielle Veranstaltungen, in deren Rahmen wir Leuten Auftrittsmöglichkeiten boten, die solche im offiziellen Rahmen sonst weniger hatten. Als Frank-Wolf Matthies las, kam es zum Eklat, was nicht verwunderlich war. Zunächst einmal wurde uns dann die Auflage erteilt, jedes Wort, das in zukünftigen Veranstaltungen gesprochen werden sollte, vorher einzureichen. Darauf sind wir immerhin noch eingegangen. Dann wollte Eckehard Maas Lieder von Bulat Okudschawa singen. Wir reichten die Texte ein. Aber das Ganze scheiterte dann, weil Eckehard Maas unter anderem auch dafür bekannt war, daß er Biermann-Lieder sang. So wurde diese Veranstaltung verboten, und danach wurden auch alle weiteren verboten.

Die Nahtstelle zu kirchlichen Gruppen war wohl die Herausforderung in der Friedensfrage Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre. Seit 1982 war ich Mitglied der Gruppe „Frauen für den Frieden“ – darüber kann ich vielleicht

nachher noch etwas erzählen in Ergänzung zu dem, was Katrin Eigenfeld schon gesagt hat –, seit Mitte der achtziger Jahre Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Auch habe ich in dem von Martin Gutzeit erwähnten Netzwerk „Frieden konkret“ mitgearbeitet, im Fortsetzungsausschuß. Ich könnte auch etwas über die Zusammensetzung, den Inhalt und die Themen dort sagen. Aber das will ich jetzt nicht vorwegnehmen.

Ich bin relativ spät in die Gruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ gekommen, über die Hans-Jürgen Fischbeck sicherlich noch sprechen wird. Auf diese Weise kam ich dann im September 1989 zu „Demokratie Jetzt“, deren Sprecherin ich wurde. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Bei dieser ersten Runde ist bereits der Bogen geschlagen worden, was den Weg der achtziger Jahre angeht.

Hans Misselwitz hat eine Reihe von Fragen schon systematisiert, die ich für die zweite Runde unseres Gesprächs noch einmal in Erinnerung rufen möchte. Er hat die internationalen Rahmenbedingungen erwähnt.

Herr Dietrich hat in diesem Zusammenhang etwas Wichtiges beigesteuert: Er sprach von dem Atomnationalismus, der in der Friedensbewegung eine Rolle gespielt hat, der die beiden deutschen Staaten angesichts der tödlichen Bedrohung wieder aufeinander bezog; jedenfalls haben viele Menschen das damals so empfunden und erlebt.

Auch sind schon die verschiedenen Ausgangspunkte, aber auch die Verknüpfungen angesprochen und deutlich geworden.

Für die ganze Frage der Opposition der achtziger Jahre ist von zentraler Bedeutung – deswegen will es für die nächste Runde ausdrücklich hervorheben – das berühmte „Dach der Kirche“. Wie war das damit? Schutz? Behinderung? Voraussetzung?

Katrin Eigenfeld bitte.

Katrin Eigenfeld: Zur Frage „Das Dach der Kirche – Schutz oder nicht?“ einige Sätze: Ich habe ja erwähnt, daß wir uns auch unter selbiges Dach begeben, unsere Veranstaltungen öffentlich und offiziell dort abgehalten, dort hinein auch unser Publikum, unsere Ansprechpartner, unsere Zielgruppen gewissermaßen gelockt haben. Ich habe es für mich immer so verstanden, daß wir nicht nur einen Gegner hatten, daß natürlich auch die Kirche irgendwo der Gegner war. Sie haben uns, so wie ich das verstanden habe, zensiert, reglementiert, sie haben uns behindert, sie haben uns wohlmeinend schützen wollen, behüten wollen, damit entmündigt und die Arbeit sehr erschwert. Sie haben nach 1978, nach dem Gespräch Schönherr/Honecker, die große Linie vertreten, daß diese Kirche im Sozialismus denkbar ist. Dieses Arrangement Staat/Kirche haben wir eigentlich zu spüren bekommen. Sie wollten dieses sich eingebilddete gute Verhältnis zum Staat nicht gestört wissen durch solche Störenfriedinnen, wie wir es wirklich auch waren. Vor jeder Veranstaltung,

vor allem, was wir vorhatten und tun wollten, gab es erst einmal massive Gespräche mit Vertretern, mit der Hierarchie in der Kirche.

Vieles ist trotzdem möglich gewesen. Aber es war nicht einfach. Wir hatten Verbündete unter ihnen. Oft waren das einzelne Gemeinden, einzelne Pastoren oder Pastorinnen, die da progressiv waren – auch einen entsprechenden Gemeindevorstand zu Seite hatten – und doch nach Wegen gesucht haben. Dafür gibt es viele Beispiele und Belege. Ich erinnere nur einmal an das erste Menschenrechtsseminar, das ablaufen sollte. Wer dabei war, weiß sehr gut, daß das nicht zustande kommen konnte, dann im nächsten Anlauf zustande kam, aber in Berlin-Friedrichsfelde, in der Gemeinde von Herrn Gartenschläger stattgefunden hat.

Herr Schnur hatte das Seminar gut im Griff. Ich muß sagen, intuitiv habe ich diese Veranstaltung mittendrin aus Protest verlassen. Ich habe gefragt: „Was spielt sich hier überhaupt ab?“ – und bin gegangen. Es hat dann allerdings zu guter Letzt doch noch in Magdeburg stattfinden können. Pfarrer Bohley hat das ermöglicht; auch die Kirchenleitung war wohl darüber informiert. – Es gibt also viele Beispiele dafür.

Insgesamt bin ich heute meiner Kirche noch in vielen Dingen gram. Ich habe mich oft wirklich reglementiert gefühlt.

Ich weiß auch, wie die Verhandlungen von Bischöfen, von Superintendenten, von Präbosten gelaufen sind – das alles zeigen ja nun auch die Akten –, und zwar im Rat des Bezirks, Abteilung Kirchenfragen, im Rat der Stadt, Abteilung Kirchenfragen, oder sogar auch mit der Staatssicherheit, daß sie meist versprochen haben, doch disziplinarisch einzuwirken, Schlimmes zu verhindern, und daß sie sich zum Teil distanzieren haben. Ich habe beim letzten „Kirchentag von unten“ nur teilnehmen können – das nur als Beispiel –, weil mein Bischof der Staatssicherheit gegenüber versprochen hat, daß er sozusagen die Schirmherrschaft, die Bürgschaft für mich übernimmt, also dafür, daß ich mich bei diesem Kirchentag im Rahmen der Gesetze bewegen werde. Damit hatte ich die Fahrkarte nach Berlin, obwohl ich vorab Reiseverbot hatte. – Das sind nur kleine Beispiele; die Reihe könnte beliebig fortgeführt werden.

Insgesamt aber muß ich sagen: So schwarz-weiß ist das alles nicht zu sehen. Die Kirche, dieses Dach, hat eine wichtige Funktion gehabt, aber eigentlich wollten wir aus diesen Kirchenmauern raus, und dazu kam es ja dann irgendwann auch. Die Gründung des „Neuen Forum“ war der Durchbruch durch die Kirchenmauern.

Ulrike Poppe: Bei der Diskussion über die Rolle der Kirche und das Verhältnis Kirche/Gruppen müßte man wirklich eine Unterscheidung treffen. Auf der einen Seite ist die Kirchenleitung zu nennen. Für mich ist Kirche aber mehr als nur Kirchenleitung.

Die Spannungen, die Katrin Eigenfeld angeführt hat, kann ich bestätigen.

Kirchenleitung hatte objektiv die Funktion, so etwas wie eine Pufferzone zwischen dem gesellschaftskritischen Potential und dem Adressaten, also der Staatsführung, zu sein. Diese Funktion haben sie eigentlich auch immer ausgefüllt, haben das dann oft „Verantwortung“ genannt, haben gesagt, daß sie für uns, auch für unseren Schutz verantwortlich sind. Aber wir wollten diesen Schutz eigentlich nicht. Dieser Schutz, der subjektiv ja wirklich auch als Schutz gemeint gewesen sein mag, war für uns etwas Entmündigendes. Wir wollten selbst für das einstehen, was wir an Veränderung wollten. Da gingen wir auch durchaus so weit zu sagen: „Für uns ist die vom Staat formulierte Legalität nicht der Rahmen, auf den wir unsere Handlungen beschränken wollen; wir beziehen uns auf die Legitimität unseres Handelns.“ – Dazu hat die Kirche natürlich gesagt: „Die Kirche ist kein rechtsfreier Raum; wir können Überschreitungen des legalen Rahmens nicht mehr tolerieren.“ – Da gab es dann natürlich etliche Reibungspunkte.

Auf der anderen Seite muß man aber auch sehen: Die Kirche war nicht nur schützendes Dach, sondern es hat sich vieles auch thematisch angeboten, z. B. sehr viel Übereinstimmung in der Friedensfrage. Die Kirche war mit ihren kirchlichen Mitarbeitern, mit Diakonen und Pfarrern, auch selbst ein kritisches Potential. Das kam einfach dadurch zustande, daß die DDR die Bildungschancen bekanntlich sehr selektiv vergeben hat und deshalb für viele keine andere Möglichkeit mehr bestand, als einen kirchlichen Ausbildungsweg zu gehen. Deshalb hat sich dort ein besonderes Potential ansammeln können, mit dem immer eine gute Zusammenarbeit möglich war.

Ich meine, daß das sehr fruchtbar gewesen ist und, auch konfessionelle Schranken überschreitend, eine Gemeinsamkeit und gegenseitige Befruchtung ermöglicht hat, was man jetzt bei dem ganzen Frust über falsches oder kritikwürdiges kirchenleitendes Handeln nicht ignorieren sollte. (Beifall)

Hans Misselwitz: Ich möchte im Anschluß an das, was Ulrike Poppe gesagt hat, diesem pauschalen „sie“ oder „wir“ oder „die“ im Zusammenhang mit Kirche widersprechen. Das war auch im Blick auf Kirchenleitung als solche eine Wahrnehmung, die nicht richtig war. Ich will das so sagen, weil es zumindest Erfahrungen gegeben hat, die mehr meine Frau gemacht hat, die als Pastorin in der Gemeinde arbeitete, in der wir unseren Friedenskreis hatten. Sie war dort auch sehr viel an Kirchenleitungsgesprächen beteiligt, in denen die Fragen der Opposition, der Gruppen immer wieder zur Sprache kamen.

Ich will in zweierlei Hinsicht einen Konflikt markieren, der existiert hat: Wer jene Zeit politisch einigermaßen realistisch beobachtet hat, mußte sich die schwierigen Operationen selber eingestehen, die wir auch als Gruppe unternommen haben. Es gab ja dieses Problem der Legitimität und der Legalität. Wir haben uns als Opposition auch eines im Grunde unwürdigen Eingabensystems mit den entsprechenden Grußformeln bedient. Wir haben das

in den in der DDR legalen Formen genauso versucht, wie wir es in Formen des Untergrundes oder der Illegalität ausprobiert haben.

Ein Strukturkonflikt, der zwischen Kirche und Gruppen bestand, ist unbestreitbar. Ich meine, daß er vornehmlich dort aufkam, wo die gemeindliche Anbindung der Gruppen schwierig war oder nicht existierte, wo deren führende Leute nicht in den Gemeinden selbst tätig waren. Die Kirche hat eine gemeindliche Struktur, das heißt, die Gemeinde ist souverän in der Entscheidung über die wesentlichen logistischen Mittel. Räume, also das sogenannte „Dach“, mußten durch die Gemeinde selbst vergeben werden. Wer innerhalb der Gemeinde nicht mit der Gemeinde gearbeitet, sie auch nicht verstanden hat, konnte natürlich zum Bischof gehen. Der hatte aber an sich keine diktatorische Funktion, um durchzusetzen, was in der Gemeinde passieren sollte. Ich glaube, daß dort viele Konflikte entstanden sind.

Wir haben in Pankow die Erfahrung gemacht, daß wir über viele Jahre sicherlich im Interessenkonflikt mit einigen Mitgliedern des Gemeindekirchenrates gestanden haben, die dafür auch schwere Prügel an ihrer Arbeitsstelle ausgestanden haben, die sich gefragt haben: „Wen ladet ihr denn alles ein?“ – Wir haben dort über zwei Jahre in einer Stärke der Gruppe von etwa 60 Leuten – das ging dann auf 30 bis 40 Leute zurück – gearbeitet und alle Möglichkeiten nutzen können. Wir haben in der Zeit bei den monatlichen Veranstaltungen des Friedenskreises Belagerungen des Gemeindehauses durch die Staatssicherheit, durch die Polizei gehabt. Die sind mit Gruppen von 30 bis 40 Leuten in die Versammlungen hineingekommen. Das sind schwere Belastungen gewesen, die auch das gesamte Umfeld da betroffen haben. Die Gemeinde hat dazu gestanden.

Der Konflikt hat vielfach dort angefangen, wo im Grunde diese verschiedenen Interessenlagen, die nicht politischer Natur waren, zusammenkamen. Dazu gehörte, daß Gemeinden natürlich zuvörderst selbstbestimmt ihren christlichen Auftrag erfüllen, daß sie den nicht gefährden lassen wollten. Dort also ist ein Konflikt entstanden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Christian Dietrich, Sie haben ja schon 1989, Leipzig, erwähnt. Ich denke, daß das Bild der neunziger Jahre über die Kirche und die friedliche Revolution nicht zuletzt durch das Leipziger Beispiel geprägt worden ist. Sie sollten uns dazu vielleicht noch ein paar persönliche Eindrücke wiedergeben.

Christian Dietrich: Ich finde es schade, daß Christoph Wonneberger nicht hier ist; er ist leider erkrankt.

Ich habe ja schon gesagt: Es ist nicht so einfach zu beschreiben, wie das mit der Kirche gewesen ist. Ich selbst habe kurzzeitig die Studentengemeinde in Naumburg geleitet. Ein Gruppenmensch wie ich hat da also eine Kirchenfunktion ausgeübt. Ich habe Staat/Kirche-Gespräche geführt, wie andere Leute das auch tun mußten. Ich weiß ein bißchen aus eigener Erfahrung, in welche

Situationen man da kommen konnte. Ich will nur noch einmal bestätigen, was meine beiden Vorredner gesagt haben: Man muß sehr genau auf die einzelnen Personen schauen.

Das ist auch das Problem für Leipzig. – Das sind jetzt vorsichtige Anmerkungen, die ich als jemand mache, der diese Vorgänge beobachtet hat, der von außen gekommen ist. Ich bin ja erst 1988 nach Leipzig gekommen. Ehe ich begriffen habe, was da läuft, war es gelaufen.

Das Wichtigste ist, daß wir immer wieder fragen: Wie war das mit dem Staat? Wie war das mit der Kirche? – Was in Leipzig im Herbst 1988 passierte, ist, daß diese Statik nicht mehr funktioniert hat, das heißt, daß in dem geschlossenen System DDR und in der Kirche noch etwas anderes gemacht werden konnte. Allerdings gab es die Pflichtgespräche, Eindämmungsversuche usw.

Geplatzt ist die ganze Sache, weil die Friedensgebete von vielleicht 800 bis 1.000 vorwiegend Ausreisewilligen besucht wurden, die selbst oft nicht einer Gemeinde angehörten. Da begann genau das, was Hans Misselwitz gesagt hat: „Welche Verantwortung kann ein Pfarrer tragen oder auch nicht?“ Superintendent Magirius hat damals entschieden, daß die Gestaltung der Friedensgebete, die bis dahin in der Hand der Gruppen – geleitet hat das Christoph Wonneberger – lag, dort nicht mehr liegen konnte. Von da an waren Pfarrer zuständig. Es lief über den Kirchenvorstand der Kirche, der Nikolaikirche, in der die Friedensgebete stattfanden. Das haben die Gruppen als einen Rauschmiß aus der Kirche empfunden und in diesem Moment nachgefragt: „Was wollen wir eigentlich?“

Ich behaupte: Nicht alles, was dann passiert ist, ist überlegt gewesen. Das sind Zufälle gewesen. Die Folge war, daß es Friedensgebete gab in der Kirche, von der Kirche veranstaltet, und dabei „Gespräche in der Gemeinde“, das heißt, die Ausreiser haben sich während des Friedensgebets und nach dem Friedensgebet ausgetauscht.

Wenn es nicht mehr interessant war, hat man sich auch während des Friedensgebets unterhalten. Die Gruppen haben hinten unter der Orgel gestanden, die wichtigen Termine für die Woche besprochen und Absprachen getroffen. Diese Friedensgebete waren Gruppentreffen, und vor der Kirche wurden dann Aktionen gemacht. Wie ich schon sagte, spielten Zufälle eine Rolle, da wurde gebaut, da lagen Betonklötze, ungefähr 1 Meter hoch, und man hatte eine Bühne.

Heute, nachdem ich staatliche und Stasi-Akten eingesehen habe, kann ich sagen, daß die andere Seite, also Staat, Stasi usw., hilflos waren; denn Kirchenveranstaltungen konnten sie schlecht verbieten, das Hingehen zur Kirche konnten sie nicht verhindern. Das heißt: Die Leute waren da, aber es passierte nicht in der Kirche. Die Kirchenvertreter, Superintendent Magirius und andere, konnten sagen: „Machen Sie doch; das ist nicht unsere Sache; das

passiert nicht in der Kirche.“ – Dieses Auseinanderfallen, das Zerbrechen der Statik Staat/Kirche ist ganz wichtig. Dann kann man sich darüber streiten, welche Rolle die Friedensgebete nun gespielt haben und welche Rolle die Kirche gespielt hat.

Ich denke, daß es das vor der Kirche gewesen ist, was Folgen hatte. Die Demonstrationen haben nach den Friedensgebeten stattgefunden, aber eben nicht in der Kirche, sondern vor der Kirche, von der Kirche ausgehend. Der Ort war bekannt. Das ist bekanntgeworden, und zwar nicht immer nur durch die Gruppen, die darauf aufmerksam gemacht haben, und auch nicht nur durch die Fernsehberichterstattung – Messemontag; es gab Journalisten en masse, 1.000 ungefähr in Leipzig; da konnte am Abend schon ein Bericht im Fernsehen darüber zu sehen sein –, sondern auch durch Ausreiser, die ja ihre Symbole hatten, um auf ihren Ausreiseantrag aufmerksam zu machen. Die kamen dorthin, stellten ihre Autos auf dem Parkplatz ab, 20 bis 30 Autos mit weißen Fähnchen. Das hat doch einen Leipziger aufmerksam gemacht. Der hat sich gesagt: „Hier ist doch etwas!“ Die haben überlegt: „Was ist denn das nächste? Welches ist die nächste Kirche?“ – Ich habe jetzt von jemandem gehört, daß er daraufhin in die Nikolaikirche gegangen ist und gesehen hat, was da los ist.

So hat es 1988 angefangen, daß die Friedensgebete als Ort bekanntgeworden sind. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Das Problem „Schutzdach Kirche“ ist uns nach diesem Durchgang schon in seiner Vielschichtigkeit deutlich geworden.

Ich möchte in der nächsten Runde versuchen, auf das zurückzukommen, was Martin Gutzeit in seinem Vortrag problematisiert hat: Wie war das mit dem Selbstverständnis von Opposition in diesem Spannungsbogen von Resistenz und Übernahme von Verantwortung? Wie war ihr Eigenverständnis als Opposition? – Katrin Eigenfeld hat in ihrem Beitrag ja sehr deutlich gemacht, daß sie das so als Fragestellung eigentlich gar nicht bewegt hat. Oder habe ich Sie da mißverstanden, Katrin Eigenfeld?

Katrin Eigenfeld: Man muß ja sehen, daß es Aufgabe dieser Kommission ist, ein Stückchen Geschichte für unsere Kinder oder Enkel, für nächste Generationen, zu dokumentieren.

Wenn jetzt in die Geschichte einget, daß es in der DDR eine Opposition gegeben hat – es ist ja klar definiert, was das ist –, so könnte es da unter Umständen zu Irritationen kommen.

Mir gefällt „Widerstand“ eigentlich besser. Es waren Menschen, die sich irgendwie gefunden, gesammelt und irgendwo nein gesagt und dem widerstanden haben, an Veränderungen interessiert waren, diese Erstarrung aufhalten wollten und etwas dazu getan haben. Wir haben ja jetzt andere Verhältnisse,

und ich bin jetzt in der Opposition, das heißt, mit meiner Bewegung sitze ich in einem Parlament in der Opposition. Deshalb habe ich diese Schwierigkeiten. Aber das können andere anders sehen.

Für mich und für mein Leben, so wie wir es in Halle, in der Provinz, erlebt haben, klingt mir das auch politisch zu festgelegt. Wenn wir jetzt im Lexikon nachschlagen, was da unter dem Wort „Opposition“ steht, werden wir dort etwas anderes finden. (Beifall)

Ulrike Poppe: Alle honorigen Bemühungen, eine Charakteristik für die Opposition oder das widerständige Verhalten in der DDR zu finden, müssen einfach aufgrund dieser Inhomogenität, dieses breiten Spektrums scheitern. Das ging ja von Resistenz über Neinsagen, Sich-Heraushalten, Sand-im-Getriebe-Sein, Sich-eine-Nische-Suchen bis hin zu einer offenen und klaren Haltung gegen dieses System, bis hin zu einer Haltung, die sich auf die Überwindung des Systems konzentrierte. Ich behaupte: Es gab wirklich alles, und es gab alles nicht nur in einzelnen Gruppen, sondern auch bei den einzelnen Leuten in den Gruppen.

Wenn ich an die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ oder auch an die „Frauen für den Frieden“ denke, muß ich sagen: Innerhalb dieser Gruppen gab es sehr unterschiedliche Auffassungen. Wir haben uns durchaus auch – da muß ich Katrin Eigenfeld widersprechen – mit diesem Selbstverständnis auseinandergesetzt, damit, inwieweit wir uns selbst als Opposition sehen oder nicht.

Es gab auch Widersprüche bei einzelnen Menschen. Ich denke jetzt einmal daran zurück, daß ich bis zum Schluß daran festgehalten habe, eine Nützlichkeit darin zu sehen, mit staatlichen, offiziellen Stellen in den Dialog zu treten. Das ist ja eigentlich eine Position, die darauf hinausläuft, nicht gegen den Staat, sondern irgendwie mit ihm etwas zu verändern. Im Gegensatz dazu standen aber unsere konkreten Forderungen, die durchaus auf Überwindung dieses Systems ausgerichtet waren. Die Forderungen nach Demokratisierung, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, offener Gesellschaft bedeuteten doch letztlich nichts anderes, als diesen Staat abzuschaffen und dieses System zu überwinden. – So widersprüchlich war es beim einzelnen und auch in der ganzen Szene. (Beifall)

Christian Dietrich: Ich kann das für meine Naumburger Erfahrungen nur bestätigen. Wir haben im Friedenskreis die ganze Zeit darüber nachgedacht: „Was sind wir eigentlich für eine Opposition? Woher speist sich die Hoffnung, daß das auch eine sinnvolle Opposition ist?“ – Es gab keine Sitzung, bei der nicht über solche Fragen nachgedacht, und zwar laut nachgedacht worden ist.

Die Frage ist nur, mit welchen Begriffen das geschehen ist. Das hat Martin Gutzeit ja auch sehr deutlich gesagt. Die Frage ist: Wie gehen wir mit unseren Erinnerungen, mit den Akten, mit unseren eigenen Aufzeichnungen aus der

Zeit um, und wie setzt man das in Beziehung? – Es gab Tabus, natürlich. Wir haben nicht gesagt: „Wir sind die Opposition und marschieren jetzt los.“ Das wäre ja kontraproduktiv gewesen, zumindest Anfang der achtziger Jahre. Genau aus dem Grund, denke ich, hat es diese heftigen Debatten darüber gegeben.

Ich kann nur sagen: Es sind Formen gefunden worden, sich zu artikulieren, und die sind sehr alt – Herr Meusel hat sie ja heute schon benannt –, z. B. diese symbolischen Aktionen, die in den sechziger Jahren genauso wie in den achtziger Jahren wichtig gewesen sind. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Menschen, die das nicht als politisch empfunden haben, gerade solche Aktionen wie die, eine Kerze ins Fenster zu stellen, als einen Befreiungsschlag empfunden haben: „Jetzt habe ich das gemacht; ich habe gekennzeichnet: 'Ich mache hier nicht mit!'“

Von da an ging es nur noch weiter auf der Schiene. Irgendwann haben sie gesagt: „Das war doch politisch.“ Ich meinte das auch so – politisch alternativ. Dann hat man gesagt: „Das ist jetzt eine Opposition, die sich verbindet, um dann geschlossen zu agieren.“ – Das ist eine Frage, die mir auch in Budapest immer wieder gestellt worden ist.

Jetzt zu der Frage des Dialogs: Das Wichtigste – das kann ich für mich sagen – war eine Erkenntnis der Dialogverweigerung. Es gab den Punkt, an dem ich gesagt habe: „Es hat überhaupt keinen Zweck mehr, hier ein Gespräch zu führen.“ Hier begann Opposition. Das war aber, wie vorhin schon gesagt, zwischen 1987 und 1988, also sehr spät im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern.

Ich will noch etwas anderes sagen, weil sich das immer so anhört, als sei man Berufsrevolutionär gewesen (Heiterkeit), der ewig darüber nachgedacht hat: „Was kann man denn machen, damit das System kippt?“ – Thomas Auerbach hat das gestern abend sehr schön gesagt: „Es hat Spaß gemacht.“ Es war nur ein Teil dessen, was wir in den Gruppen gemacht haben, und das war wichtig. Mit den gleichen Leuten hat man auch Theater oder Musik gemacht oder irgendwelche Feten organisiert, Urlaub gemacht und was alles dazugehört. Unter dem Begriff „Opposition“ muß man auch das festhalten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Zunächst hören wir noch Hans Misselwitz.

Hans Misselwitz: Ich möchte nur einen Aspekt hinzufügen, der zu dem Wort „Opposition“ gehört: Ich selbst habe es zunächst immer wieder als Selbstbehauptungs-, wenn Sie so wollen, Resistenzverhalten verstanden. Es hatte auch etwas mit unserer Würde zu tun. Ich denke, daß der Dialog schon ein wichtiger Punkt war. Meiner Erinnerung nach ist das zumindest in der Praxis weitgehend in Dialogform abgelaufen. Ich sage das, weil ich das Stichwort „Dialogverweigerung“ gehört habe. Wir haben Dialog hergestellt, zwar nicht mit dem System – den haben wir gar nicht bekommen –, aber

innergesellschaftlich. Das war permanenter Zielpunkt, bis zum Aufruf des „Neuen Forum“, das darin wirklich seine geradezu geniale Stunde hatte, indem es dazu aufforderte, diesen Dialog über die Fragen des Landes zu beginnen. Damit zerbrach im Grunde ein Monopol, denn bis dahin ist die Selbstverständigung der Bürger über ihre Zukunft verhindert worden. Dialog war also ein Grundprinzip zumindest der Praxis, die wir selbst bestimmen wollten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Auf meiner Liste stehen jetzt fünf Namen. Nach dem Vorschlag von Markus Meckel möchte ich die Liste auch gleich schließen; denn wir haben ja vor, noch eine Gesamtrunde zu machen. Herr Jacobsen!

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Ich möchte Frau Poppe und Frau Eigenfeld meinen Dank dafür aussprechen, daß sie dieses Selbstverständnis so dargestellt haben. Vielleicht könnten wir in Zukunft doch ein wenig präziser als in der Vergangenheit unterscheiden zwischen oppositionellem Verhalten zur Reform des Systems – keine Opposition, sondern oppositionelles Verhalten! – und oppositionellem Verhalten zur Überwindung des Systems. Damit hätten wir zwei Kategorien, wobei manches natürlich noch dazwischenliegt. – Aus den Beiträgen hier ist sehr deutlich geworden, daß solche Unterscheidungen notwendig sind.

Eine Frage an Herrn Gutzeit: Bei hohem Respekt vor dem, was gestern und heute gesagt worden ist – es waren bewegende Zeugnisse dabei –, muß man doch immer wieder den Versuch unternehmen – der scheint mir bei Ihnen, Herr Gutzeit, nicht hinreichend gelungen zu sein –, die Wirkungsgeschichte ein wenig stärker im Auge zu behalten. Das heißt: Wir müssen uns fragen: Wie war denn die Transformation in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik überhaupt möglich, und wie ist in dem Zusammenhang das Verhalten von Menschen zu sehen, wie es geschildert worden ist?

Da gehört es zur Ehrlichkeit, zu sagen: Ohne die Bemühungen von außen, ohne eine permanente Strategie der Auflockerung – Stichworte: Harmel-Bericht, Entspannung, KSZE-, um überhaupt diesen Handlungsspielraum nicht nur in der DDR, sondern auch in Polen und in anderen Staaten zu schaffen, war das, was seit den sechziger/siebziger Jahren lief, nicht möglich; das war eine der Grundvoraussetzungen.

Es klang schon bei Herrn Misselwitz ein wenig an: Ohne den Prozeß der Enddogmatisierung und Entmilitarisierung von Gorbatschow – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – wäre die Möglichkeit zu verstärktem oppositionellem Verhalten in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nicht denkbar gewesen. Wir wissen das aus dem Jahr 1956. Wir wissen das aus dem Jahre 1968.

Ich wäre dankbar, wenn Sie aus Ihrer Sicht das vielleicht noch einmal gewichten könnten, weil uns ja erst das Zusammenspiel von äußeren und